

42 - 26.09.1996.

Ein Formfehler mit erheblichen Spätfolgen

Nackenheim muß 2,4 Millionen Mark an Krediten zur Rückzahlung von Beiträgen für Rudelheck aufnehmen

m. NACKENHEIM – Mit dem ersten Nachtragshaushaltsplan, der in jüngster Ratssitzung bei zwölf Stimmen von CDU und FWG gegen die vier Stimmen der SPD und BLN verabschiedet wurde, wächst das Gesamtvolumen des Gemeindeetats auf rund zwölf Millionen Mark an. Laut Bürgermeister Bardo Kraus macht die Kreditaufnahme von 2,5 Millionen Mark für Rückzahlungen von Beiträgen für die Tiefendrainage im Baugebiet Rudelheck den größten Brocken aus. Gemäß OLG-Urteil vom Juli 1996 muß die Gemeinde den Bauherren diese Summe für Maßnahmen von vor rund 20 Jahren wieder zurückzahlen.

Der Verwaltungshaushalt kommt im Nachtrag jetzt auf rund 6,8 Millio-

nen Mark, wobei Gewerbesteuer-mehreinnahmen von 700 000 Mark und ein Plus bei den Grundsteuern A und B von 50 000 Mark zu Buche schlagen. Der Vermögenseinsatz wuchs von rund drei auf 5,07 Millionen Mark an. Neben den rund 2,5 Millionen Mark Rückerstattungen stehen 550 000 Mark zum Erwerb eines Grundstückes für den Neubau des Bauhofes im Plan. 180 000 Mark plus konnten aus dem Verkauf des Gemeindehauses in der Lörzweiler Straße verbucht werden.

Die Kreditaufnahme von fast 2,4 Millionen Mark sei bedingt durch falsch ausgestellte Bescheide der VG-Verwaltung und hätte um etwa eine Million geringer ausfallen können, meinte SPD-Fraktions-sprecher

Michael Mogk. Das gemeindeeigene Grundstück im Rudelheck solle verkauft und der Ankauf der künftigen Bauhoffläche zurückgestellt werden. Der Geldregen aus Steuereinnahmen durch Nackenheimer Gewerbe versiege bald, weil es in der Gemeinde an Gewerbefläche mangle. Bemühungen der Verwaltung um ein solches Gebiet seien gleich Null.

Scharf wies Bürgermeister Kraus die Aussagen Mogks zurück. Der Sozialdemokrat versuche zu suggerieren, die VG habe falsche Bescheide ausgestellt. Dabei habe sie nur Beschlüsse des Gemeinderates von vor 20 Jahren ausgeführt. Der hohe Kredit sei deshalb erforderlich, weil bereits jetzt über 0,8 Millionen Mark zurückgezahlt werden mußten. Die

Bemühungen um ein Gewerbegebiet seien nie aufgegeben worden. 1989 hätte die Gemeinde jedoch mit der Änderung des Flächennutzungsplans die Chance gehabt, Gelände im Unterfeld hierfür auszuweisen. Dies sei von 1989 bis 1993 durch SPD und BLN blockiert worden.

VG-Beigeordneter Siegbert Weber bezeichnete die Schuldzuweisungen Mogks an die Verwaltung wegen der Bescheide als Frechheit. Und CDU-Sprecher Heinz Hassemer betonte, daß die Rückzahlungen den künftigen Gestaltungsspielraum der Gemeinde erheblich einschränken werden. Den Mangel an Gewerbegebiet habe die SPD zu vertreten. Eine baldige Änderung sei auch nicht in Sicht.